

Sächsisches Volksblatt

Belegpreise: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Zusatz Beilage 10,30 M., Ausgabe B 9,45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 10,85 M., Ausgabe B 9,90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Druckstunde der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vorm.

Anzeigen: Aufnahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeilendrucker 1,40 M., im Restemittel 3,50 M., Familien-Anzeigen 1,80 M. — Für unbestimmt gedruckte, sowie durch Fernsprecher mitgeteilte Anzeigen können nur die Verantwortlichen für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Der ungekrönte König

Allmählich bricht sich auch in weiteren Kreisen des deutschen Volkes die Erkenntnis Bahn, daß es bei uns gegenwärtig zurzeit so etwas wie eine Not der Presse gibt. Von dem Umfang dieser Not, von der Bedeutung dieser Frage machen sich die meisten immer noch keinen Begriff. Während des ganzen Krieges hat die deutsche Presse von ihren Räten so gut wie gar nicht gesprochen. Und wie ist sie doch schillert worden. Nicht nur von der Zensur, dieser Herrlichsten aller Kriegseinrichtungen, bei der Leute gerollt, Artikel gestrichen und Zeitungen verboten haben, die gemeint mit der Presse gar keine Fühlung hatten und sie vielfach als ein höchst überflüssiges Instrument ansahen. Aber auch auf wirtschaftlichem Gebiete wurde der Presse sehr oft das Leben recht schwer gemacht. Durch Verbote von Stellenanzeigen, überhaupt durch Eingriffe in den Internenmarkt wurden ihr schwere Schäden zugefügt und auch hier wurde oft ziellos gewaltet. Gar nicht zu reden von der besonders in den ersten Kriegsjahren größten Humutung, trotz zunehmender Papierknappheit spaltenlange Bekanntmachungen militärischer Art gratis und franco aufzunehmen. Nun sind ja die Fesseln der Zensur gefallen, dafür ist aber eine Erhöhung der Papierpreise und der Preise für Zeitungsdruckstoffe gekommen, die einfach nicht mehr erträglich ist. Besonders hat darunter im Gegensatz zu großkapitalistischen Organisationen die deutsche Parteipresse zu leiden. Immer wieder hat in den letzten Monaten der Verein deutscher Zeitungsverleger seine warnende Stimme erhoben, immer wieder hat er darauf hingewiesen, daß es sich hier nicht etwa um die Rettung von Privilegien handelt, sondern daß eine Stilllegung der Zeitungsbetriebe einen Verlust für das öffentliche Leben bedeuten würde, während Konsequenzen gar nicht abzusehen sind. Es ist etwas Durchgreifendes aber bisher weder von der Regierung noch vom Parlament geschehen, und deshalb hat der Verein deutscher Zeitungsverleger in voriger Woche noch einmal in einer außerordentlichen Hauptversammlung in Dresden einen deutschen Warnungsaufruf erlassen. Mit Recht heißt es in einer der Entschuldigungen: „Wenn die Regierung und die Parteien im Wahlkampf noch auf die Presse rechnen, dann müssen sie sofort entsprechende Schritte tun, um das weitere Erscheinen der Zeitungen zu gewährleisten, andernfalls wird sich mit dem Schicksal der freien deutschen Presse das Schicksal der Parteien erfüllen, die nicht im Hande oder zu kurzschäftig waren, sich diese Presse zu erhalten.“ Hoffentlich wird dieser Hilferuf nun nicht wieder ungehört verhallen, und wir richten von dieser Stelle aus auch an unsere Parteifreunde in der Reichsregierung, an die Reichstagskommission Giesberts, Geismes und Wirth, das dringende Ersuchen, alles zu tun, um das Zeitungsgewerbe vor der Katastrophe zu bewahren und vor allem die fiskalische Holzwickelpolitik etwas unter die Lupe zu nehmen. Bei einer Untersuchung dieser fiskalischen Holzwickelpolitik, die einen großen Teil Schuld an der gerade unglaublichen Papierpreiserhöhung trägt, wird sich zeigen, daß die Wünsche der deutschen Presse durchaus berechtigt sind.

Der deutschen Presse droht aber auch noch von anderer Seite her Gefahr. Es ist in diesen Tagen der Name des Herrn Hugo Stinnes genannt worden. Stinnes war und ist Industriekiller im wahren Sinne des Wortes und zählt sich politisch zur deutschen Volkspartei. Dieser Herr Hugo Stinnes, der seinem Braute noch mit der Presse nicht das geringste zu tun hat, hat nunmehr die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in Berlin aufgekauft. Er will damit Einfluß auf das öffentliche Leben gewinnen, und er hat bereits andere Zeitungsunternehmungen rechts gerichteter Art in seine Hände zu bekommen gesucht. Die Gefahr, die von dieser hochkapitalistischen Seite droht, ist für das öffentliche Leben geradezu ungeheuer. Es ist sonderbar, wie diese Leute es verstehen, sich dem Steuerbrücke zu entziehen und ihre Riesenkapitalien in ihrem Sinne „nahrungsreich“ anzulegen. Es war bis jetzt ein Privileg der deutschen Presse, daß sie im großen und ganzen frei von jeglicher Verunsicherung gewesen ist. Herr Stinnes hat sich in wenigen Monaten tatsächlich zu einer Art ungekrönter Zeitungskönig gemacht, der seine Herrschaft sicherlich mit starker Hand ausüben wird. Er hat sich schon früher durch eine geradezu ungeheure Rücksichtslosigkeit ausgezeichnet, und es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß er davon heute mehr denn je Gebrauch machen wird. Es ist auch hier höchste Zeit, daß Regierung und Parteien sich mit dem Problem des ungekrönter Zeitungskönigs Hugo Stinnes befassen; ebenso notwendig ist es aber auch, daß das deutsche Volk an diesen Erscheinungen nicht achtlos vorübergeht. Wir richten daher vor allem an die Zeitungsmangerversager, wie richten an das christliche Volk überhaupt und an das laizistische Volk im besonderen das dringende Ersuchen, mehr noch wie bisher ihres Presseunterstützung zu leisten und alles dafür zu tun, daß sie in die Lage versetzt wird, den Zeitverhältnissen Rechnung zu tragen. In seinem eben erschienenen Buche „Kulturfragen in der Deutschen Verfassung“ sagt Präsident Dr. Josef Kaasbach im Vorworte, daß eine dauernde Gerechtigkeit und Festigung der staatlichen Ordnung nur eintreten kann, wenn die sittlichen Quellen unserer Volkstugend neu erschlossen werden. Das ist aber nur möglich durch die Mitarbeit einer starken christlichen Presse. Und somit hat das christliche Volk wenigstens das Interesse daran, daß seine Presse wieder die wirtschaftlichen

Not der Zeit, nach den Bestrebungen des ungekrönter Königs Stinnes zum Opfer fällt. Dieses Interesse des christlichen Volkes muß aber auch durch tatkräftiges Handeln praktische Auswirkung erfahren. hat.

Zu dem Problem Stinnes schreibt Georg Bernward in der „Sächsischen Zeitung“ (Nr. 237 vom 9. Mai) unter anderem folgendes: „Der Ankauf der ‚Deutschen Allgemeinen Zeitung‘ durch Hugo Stinnes hat die Aufmerksamkeit weiter Kreise wieder auf die Persönlichkeit gelenkt, deren Wirken von dem Eingeweihten schon seit längerem mit sehr gemischten Gefühlen betrachtet wird. Die öffentliche Meinung ist in ihrer Aufmerksamkeit wesentlich durch die Tatsache beeinflusst, daß Stinnes durch den letzten Kauf das aus langer Tradition ‚halbsamtliche‘ Blatt der preussischen Regierung und der Reichsregierung in seine Hand bringt. Dieses Blatt stellt nicht bloß im realistischen Teile den Regierungen, wie Bismarck es einmal ausdrückte, ‚weiches Papier‘ zur Verfügung, sondern nach der Umformung seines Inhaltes und Namens durch den vor kurzem verstorbenen, besonders rührigen Verleger Reinhard Hobbinger stehen seine Auslandskorrespondenten in enger Verbindung mit den deutschen Gesandtschaften und berichten vielfach ausschließlich in deren Sinne. Diese Sonderstellung und namentlich Vorkaufrechte auf dem Gebiete der Telegraphie und Telephonie, die die gesamte deutsche Presse trotz aller Hinweise auf die entsprechenden Verhältnisse im Ausland nie im gleichen Maße zu erweitern vermochte, bilden einen Teil des Gegenwertes für die Halbsamtlichkeit. Aber in materieller Beziehung mindestens ebenso wichtig sind schon für die frühere ‚Wortbrüderliche Allgemeine Zeitung‘ die festen Aufträge an die Druckerei der Zeitung gewesen, in der der Reichsanzeiger und ein großer Teil der amtlichen Formulare für eine ganze Reihe von Reichs- und Staatsämtern hergestellt werden. In der Geschichte des öffentlichen Organs bildet er kein Novum, daß es sich im Besitz von Industriellen befindet. Denn die Gründer waren die Freiherren von Ohlen-dorff, die bekannten Besitzer der Hamburger Geestwerke. Aber immerhin besteht ein Unterschied zwischen jenen Hauptpaten mit ihren einfach gehaltenen Interessen und dem rheinischen Großindustriellen, der einen ganz bestimmten, wirtschaftspolitisch vielfach und unübersichtlich interessierten Typus des modernen Geschäftsmannes darstellt.“

Dazu kommt, daß der Kauf der ‚Deutschen Allgemeinen Zeitung‘ nur ein Glied in der Kette einer ganzen Reihe ähnlicher Transaktionen darstellt, die Stinnes bereits vorgenommen hat. Nachdem schon seit längerer Zeit die Stinnesche Leihbücherei an einem großen Berliner Zeitungskonzern öffentliches Geheimnis war, erfolgte der Kauf der Berliner Druckerei Düggel & Co., in der eine große Zahl rechtgerichteter Blätter hergestellt wird. Später ging ein Dortmund-Blaß in die Hände von Stinnes über, und vor wenigen Tagen wurde erst bekannt, daß auch die alte, ehewirtdige ‚München-Kugler-Zeitung‘ an ein Konsortium übergegangen sei, auf dessen Leihbücherei ebenfalls Stinnes verzeichnet steht. Als vorläufig letztes Glied reihte sich dann der Kauf des früher Hobbinger'schen Unternehmens an. Bieleicht ist aber inzwischen schon wieder eine neue Erwerbung erfolgt. Denn nach unseren Berichten sind die Zeitungsauskaufe des Industriemagnaten noch wie vor lebhaft tätig.“

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß Stinnes darauf ausgeht, ein Medienmonopol für deutsche Zeitungen zu schaffen. Es bedarf keiner Erläuterung, welche enorme Gefahr daraus für die öffentliche Moral und insbesondere für das politische Leben Deutschlands erwachsen kann. Auf den ersten Blick mag das freilich mancher nicht einsehen wollen. Denn Zeitungen zu besitzen, ist — rein äußerlich betrachtet — genau so ein kapitalistisches Geschäft, wie die Herstellung anderer Bedarfsartikel. Und für den mehr oder weniger großen Reichtum an Zeitungen ist tatsächlich auch in allen Ländern in erster Linie die kapitalistische Verlagerung des Unternehmens entscheidend gewesen. Es könnte daher gleichgültig erscheinen, welcher Kapitalist Zeitungen besitzt. Aber für den Verlauf des Zeitungsgewerbes hat sich doch im Laufe der Zeiten gerade als Gegenwehr gegen eine allzu kapitalistische Geschäftsführung und Unterdrückung der geistigen Triebkräfte eine besondere Berufsmoral herausgebildet. Parallel den Säuberungsbestrebungen der Journalismusorganisationen ist auch in den Berufsvereinen der deutschen Verleger das Bestreben immer reifer geworden, die moralische Verantwortung aller Zeitungsbetriebe zu fördern, und besonders gegen Verfehle anuntunfamen geschäftliche Verquickungen ins Zeitungsgewerbe hineinzutragen, die der Korruption Unterfallpunkt geworden. Es ist deshalb etwas wesentlich anderes, ob ein Zeitungsbetriebe eine Zeitung herausgibt, um an dem Annoncenuntertrag und den Annonzen zu verdienen, oder ob ein wirtschaftlich in der Hauptsache ganz von anders interessierter Kaufmann oder Industrieller Zeitungen zusammenkauft, um sie Sonderinteressen dienstbar zu machen, die äußerlich nicht sichtbar werden, aber dafür unter dem Deckmantel der Vertretung öffentlicher Interessen um so häßlicher propagiert werden können und sollen. Es ist hier genau so wie in ähnlichen Fällen; das offen ausgesprochene Geschäftsidee ist ehrlicher und kontrolliert sich selbsttätiger als der vorgegebene Wohltätigkeitszweck oder Gemeinwohlgedanke, bei denen direkt nichts verdient, womöglich sogar daraufgehacht wird, die aber an anderer Stelle Millionengewinne erzielen, die — in offener Weise erzielt — von der Öffentlichkeit nicht gebildet werden würden. Man braucht wohl nicht ausführlich darzulegen, was es heute für einen Industriellen zur Durchsetzung seiner Geschäftsidee bedeutet, durch den Besitz einer großen Reihe von Zeitungen wirtschaftliche und politische Macht in beinahe unbegrenztem Maße ausüben zu können. Während Hugenberg, der Partner von Stinnes im Zeitung- und Anzeigenhandel (Mitte) einer der Führer der Deutschnationalen ist, rechnet sich Hugo Stinnes augenblicklich zur Deutschen Volkspartei. Als deutscher Zeitungskönig würde er jede deutsche Partei beherrschen und tyrannisieren und in den Dienst seiner Interessen einspannen können.

Es ist wohl nicht zweifelhaft, daß gerade einer Kapitalnatur wie Stinnes die Ausnutzung der politischen Macht kein ganz gleichgültiges Problem sein kann. Jedoch spielt im Rahmen des Stinneschen Gesamtplanungen der Kauf von Zeitungen doch wohl nur eine Nebenrolle. In der Hauptsache handelt es sich hier in erster Linie um die Ausdehnung eines großangelegten geschäftlichen Planes. Stinnes hat in aller Stille, als er im Anschluß an den Kauf des Verlages Düggel & Co. den Grund- zu einem großen Zellstoff- und Papierwerk gelegt. Er ist im Besitze einer Anzahl von namentlich ostpreussischen Zellstoff-

fabriken, die durch seine Verbindung mit Kohlen beliefert werden, und ist aller Wahrscheinlichkeit nach bereits auch an Papierfabriken beteiligt. Nichts liegt dem rein kapitalistisch-geschäftlichen Standpunkt näher, als im „gemischten Betrieb“ an die Stabilität der Zellstoffproduktion und der Herstellung von Halbzeug das Endstadium, die Verwendung des Zellstoffes als Papier für die Herstellung der Feinste mure, Buch und Zeitung, anzuschließen. Dabei bleibt er natürlich am liebsten an hohen Preisen von Zellstoff und Papier interessiert. Und selbst wenn er an den eigenen Zeitungen infolge solcher Preispolitik Geld zusehen sollte, so erwünscht ihm ein Mehrfaches an Gewinn aus der Ausbeutung der übrigen Zeitungsbetriebe.

Erst wenn man unter diesen rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten die Stinneschen Zeitungsbetriebe ansieht, kommt man zu jener vollen Würdigung, die sie verdienen. Es wäre falsch, die Diskussion über den Fall einseitig auf das Gebiet der Verlegerinteressen und der drohenden Verdrängung des Journalismus zu beschränken. Denn es handelt sich hier um ein besonders charakteristisches Symptom des nachrevolutionären Wirtschaft. Das Stinnes' augenblicklich seine kapitalistische Nachausbeutung gerade in ein Gebiet ziele, das besonders politisch und geistig ausstrahlungen hat, tritt fast in den Hintergrund gegenüber der generellen Tatsache, daß 'raendener im nachrevolutionären Deutschland hemmungslos Millionen auf Millionen weichen und in einem so gigantischen Ausmaß wie es bisher nur noch in Amerika üblich war, Unternehmung auf Unternehmung türmen kann.

Es ist in der Öffentlichkeit schon darauf hingewiesen worden, daß Stinnes doch auch schon vor dem Jahre 1913 ein recht bedeutender Mann war. Das ist richtig. Der jetzt kaum Fünfzigjährige, der schon mit 18 Jahren nach einer kurzen Lehre bei Karl Swalper in Koblenz durch Gerichtsbeschluß für volljährig erklärt wurde, und bereits mit 20 Jahren nach praktischer Bergmannstätigkeit und technischem Studium Teilnehmer der großberühmten Firma Naubias Stinnes wurde, hatte seine später begründete eigene Firma sehr schnell zum Höhe gebracht. Sie besaß im Jahre 1913 schon 20 Niederlassungen in 8 fast allen europäischen Ländern vom äußersten Westen bis an die asiatische Grenze. Er hat nicht nur damals schon seine eigenen Mittel gestiftet zum Ankauf von Kohlen- und Bergwerken, Eisenwerken und Schiffsbetriebsbetrieben ausgenommen verstanden, sondern wollte auch — wofür Staatssekretär Dernburg als früherer Direktor der Darmstädter Bank ein Votum zu seinen Gunsten — die Mittel großer Bankinstitute bis an die Grenzen von deren Leistungsfähigkeit ausspannen. Auf diese Weise hat er den Deutsch-Luxemburger und den Westfälischen Konzern zusammengekauft. Aber so hat man das Stinnes'sche Vermögen (das doch auch durch das Notopfer nicht unerschöpflich geschöpft werden dürfte), auch veranschlagen mag, ein Vielfaches seines alten Vermögens hat Stinnes im Kriege geschafft. Trotzdem aber ist anzunehmen, daß der gesamte Krieg wahrheitsgemäß zur Erhöhung seines Vermögens nicht mehr beigetragen hat, als die noch nicht zwei Jahre, die zwischen dem Krieg und heute liegen. Erst die Nachkriegszeit hat es Stinnes ermöglicht, auf den allerwertvollsten Gebieten des Landes — im Gebiet der Holzindustrie des Baltikums — zu erproben.

Und diese Talente sind außerordentlich groß. Es wäre ganz falsch, in Stinnes einen Parasiten der menschlichen Gesellschaft oder gar einfach einen Schieber zu sehen. Das Bild, das man sich von seinen Fähigkeiten machen muß, kann gar nicht erhaben genug sein. Hugo Stinnes ist ein Mann von durchdringendem Verstande und von einer nur bei genialen Naturen zu bemerkenden Unkompliziertheit des Denkens. Er hat eine in hohem Maße konstruktive Phantasie und eine auch in der Unterhaltung über einfache Dinge des Lebens überaus wirkende Kombinationsgabe. Kurzum: er ist der stärksten Organisationskraft von Deutschland überhaupt besitzt. Er stellt so sehr alles in den Schatten, was namentlich als Vertreter öffentlicher Interessen zurecht in Deutschland herumläuft, das überall da, wo Stinnes'sche Erwerbssinn und öffentliche Interessen in Widerpruch stehen, Stinnes Sieger bleiben muß. So hat er denn auch allmählich trotz aller Vorwürfe, trotz aller Kriegsverfehle und Revolutionenorden augenblicklich beinahe ganz Deutschland in ein Privatgeschäft für sich verwandelt. Es herrscht augenblicklich in der deutschen Republik kaum ein anderes Materialismus als der der Stinnes'schen Geschäftsidee. Stinnes ist kein Reich, aber auch kein Arbeitsscham zu hoch. Er ist ein Arbeiter, dem es nicht einfallt, wegen die Organisationen zu arbeiten. Seine größte Stärke heißt vielmehr darin, die Arbeiter im Gehalt erwerbten über die Höhe an seinen Gewinnen gewissermaßen teilnehmen zu lassen.

Dadurch verdoppelt sich natürlich die Gefahr des Typus Stinnes in einer Revolution, die einfach zu einem Lohnverhören verhandelt werden ist. Stinnes hat — genau wie seine Arbeiter — kein Interesse an den Abbau der hohen Preise, er hat kein Interesse an der Beilegung der Inflation, er ist für den freien Handel.

Eine Rede des Reichslandwirtschaftsministers

Auf einem Bauerntag in Röh hielt der neue Reichslandwirtschaftsminister Dr. Gernert, der der Bauernpartei anhängt, eine bemerkenswerte Rede.

Es sei ihm, so führte der Minister nach der „Sächsischen Volkszeitung“ aus, ein Bedürfnis, bei der Tagung der deutschen Bauernvereine zu erscheinen, um sich mit den Vertretern der Landwirtschaft über ihre Wünsche und Auffassungen zu unterhalten und zu unterhalten. In furchtbar ernstem Ton erklärte die Rede, das gesamte deutsche Wirtschaftsleben liege in Einklang, großen Teilen des Volkes habe Arbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeit zur Wiedervermittlung des Wirtschaftslebens. Amnestische Kräfte lebenfallsicher Art drohen die letzten brauchbaren Grundlagen für die Wiederaufbauarbeit zu zerstören. Wir stehen vor den Entscheidungen verhandelter christlicher Kraft und niederbrechender Vorden als dem folgenden jahrelanger ungenügender Ernährung des Volkes, insbesondere durch den Mangel an Weizen und Fett. Wenn die hiesigen Schaffenskräfte den einzigen Lichtblick für die deutsche Zukunft bedeuten, dann muß die Geschicklichkeit ausreichender förderlicher Kräfte alle drei ersten Voraussetzungen der Arbeitskräfte, die wichtigste Aufgabe einer wirtschaftlichen aufbauenden Regierungspolitik sein. Die neue Front diene vor allem das neue Reichslandwirtschaftsministerium. Aber der Front soll nicht wie bisher, nur durch bloße Erfüllung und Rationierung, sondern soll erreicht werden durch nachdrückliche Förderung der

Wirtschaftlichen Produktion, die wichtigsten Grundzüge der Volkswirtschaft... Die Produktion der Volkswirtschaft hat einen bemerkenswerten Umfang angenommen...

Die Wahlbewegung... Die für die Städtegebiete bestehenden Wahlkreise zu der auf den 8. Juni 1920 anberaumten Reichstagswahl...

Zentrumsähler! Stärkt den Wahlfonds eurer Ortsgruppen. Laßt Sammelstellen herumgehen! Wer es kann, oder wer nicht einer Ortsgruppe angeschlossen ist...

- 15. Jutenstraße 7 Erdbeichhof bei Schöppe... 16. Paul-Gerhardt-Straße 18 Erdbeichhof bei Schöppe... 17. Carl-Neuberg-Straße 24 Erdbeichhof...

Material zum Wahlkampf... Im Volksvereinstag in Rauten-Gladbach ist soeben ein wichtiger und für den Wahlkampf für alle Männer und Frauen...

Die Wahlbewegung... Die einzelnen zum Städtegebiete gehörenden Strohen und Plätze, die für die folgenden genannten Wahlkreise im Bezirk kommen...

Das erste Ehejahr... Roman von Ruth Goetz (45. Fortsetzung) Sie blieb sinnlos stehen, dann hoben sich ihre Brauen...

Wenn er Renate dagegen vergleicht... Sie erschien vor seinem Auge nicht, wie er sie zuletzt gesehen...

Reichenan... Sie sahen Sie, Sie sind ein netter Mensch. Wimmern Sie wenigstens um einen, wenn man allein ist...

Volkskirche... Die Volkskirche... Der Zentrum... Die Deutsche... Die Zentrum... Die Zentrum...



Wir führen Wissen.

Zentrumsanhänger! Wählerlisten einsehen vom 9. bis einschl. 16. Mai 1920

Volkstümlicher Vaterbund für Sachsen und Reichstagswahlen

Um die Rechte der kirchlichen Wählerschaft zu vertreten, hat der Bund die nachstehenden Forderungen den einzelnen politischen Parteien zur Kenntnis gebracht und sie um Einnahme hierzu bis zum 20. Mai 1920 ersucht.

- Wir fordern, daß die durch die Reichsverfassung der evangelischen Kirche verbrieften Rechte im Reich und in den einzelnen Ländern in gerechter und wohlwollender Weise durchgeführt werden.
- Wir fordern die Beibehaltung der Bestimmungen der sächsischen Uebergangsgesetzgebung, die mit der Reichsverfassung in Widerspruch stehen. Demgemäß darf das Recht der Erbschaftsbeschlüssen auf öffentliche Schulen ihres Bekennnisses (Artikel 146 Absatz 2 der Reichsverfassung) nicht durch Landesgesetze oder sonstige Maßnahmen beeinträchtigt werden. Insbesondere dürfen die Erbschaften evangelischer Schulen in dem nach Artikel 140 der Reichsverfassung zu erlassenden Reichsgesetz keinerlei Hindernisse in dem Wege gelegt werden.
- Wir fordern die Auflösung privater Volksschulen im Sinne von Artikel 147 Absatz 2 der Reichsverfassung für religiöse Minderheiten in allen Ländern.
- Wir fordern, daß durch einheitliche gesetzliche Bestimmungen überall die Wahlen von Elternräten allgemein angeordnet werden. Die Wahl ist geheim. Zur Vorbereitung der Wahl ist den Eltern und deren Vertretern das Recht einzuräumen, die Liste der wahlberechtigten Eltern einzusehen und Abschrift von ihr jederzeit zu entnehmen oder entnehmen zu lassen.
- Wir fordern, daß den kirchlichen Feiertagen einschließlich der Wochenfeiertage der Charakter gesetzlich anerkannter Feiertage gewährt bleibt.
- Wir fordern, daß bei der Aufhebung von Grundbesitz für die Abhebung der bisherigen Staatsleistungen an die Religionsgemeinschaften auch die heutigen Verhältnisse voll berücksichtigt werden.
- Wir fordern die Aufhebung der kirchlichen Bestimmungen der sächsischen Kirchenaustrittsgesetze (Hinausweisung der Altersgrenze, Fristensatzung für freiwillige Berücksichtigung, Rücktrittsrecht der Mutter).
- Wir fordern die kirchliche Versorgung des Meeres und der öffentlichen Anstalten von Reich, Staats und Gemeindefolge.

Der Zentrumspartei sind bis jetzt diese Forderungen noch nicht unterbreitet worden. Wir können daher noch nicht mitteilen, wie der Geschäftsführende Ausschuss der sächsischen Zentrumspartei sich dazu stellen wird, da wir ihm natürlich nicht vorgreifen wollen, obwohl für uns keineswegs zweifelhaft ist, daß auch die Leitung der sächsischen Zentrumspartei sich um den Boden dieser Forderungen stellen wird. Wir unterbreiten Ihnen aber heute schon so viel, um Ihnen zu zeigen, daß wir selbst voll und ganz diesen Forderungen anschlüssen, da sie sich vollständig mit denen der Zentrumspartei decken.

Deutsch-nationale Kandidaten im Leipziger Wahlkreis

Die Deutsch-nationale Volkspartei hat für den Leipziger Wahlkreis folgende Kandidaten endgültig aufgestellt: 1. Oberlehrer Dr. Philipp Dorn; 2. Universitätsprofessor Köhler, Berlin; 3. Geschäftsführer Oswald Friedrich, Ditzsch; 4. Fraulein Jode, Leipzig; 5. Mediziner Schröder, Leipzig; 6. Schuhmachermeister Reichel, Döllitz; 7. Geschäftsführer Paul Hennig, Obsitz; 8. Hausangehöriger Franz Falbauer, Leipzig; 9. Geschäftsführer Reinhold Born, Mühlitz bei Wurzen; 10. Reichsarbeitsrat Gubel, Leipzig.

Deutsch-demokratische Liste für Westfalen und Westfalen

Der in Jülich abgehaltene Kreisparteitag der deutschen demokratischen Partei für Westfalen und das Rheinland hat für die Reichstagswahlen im 83. deutschen (Sächsischen Wahlkreis) folgende Kandidatenliste aufgestellt: 1. Abg. Landgerichtsdirektor Proband, Chemnitz; 2. Volkskammerabg. Kaufmann Oskar Gläntzer, Pöhl; 3. Landwirt und Vorstandsmittglied des deutschen Bauernbundes Schäfer, Arnoldsgrün; 4. Volkswirtschaftler Max Jähmig, Wittweid; 5. Oberlehrer und Schriftführer Arthur Weig, Jülich; 6. Frau Anna Grümel, Annaberg; 7. Gewerkschaftsleiter Gerold, Pöhl; 8. Ingenieur H. Bopp, Witz; 9. Oberbürgermeister Holz, Jülich; 10. Lehrer und Geschäftsführer des deutschen Bauernbundes Otto Riese, Schöneck; 11. Fabrikbesitzer Hans Bahner, Oberlungwitz; 12. Seminaroberlehrer Professor Freytag, Frankenberg.

Die Zentrumsparlei, Krisenapparat Chemnitz, hielt am Freitag den 7. Mai im Saale des Goldenen Ankers eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab.

Der Redner des Abends, Herr Kaplan Kreisfischer, beleuchtete in seinem herrlichen Vortrag besonders zwei Punkte des Zentrumsprogramms, welches sich als das beste seit den Tagen der Revolution bewährt hat, nämlich die Stellung des Zentrums zur Außen- und Innenpolitik. Das Zentrum hat sich mit allen Kräften dafür eingesetzt, mit den Feinden in einen allgemeinen Völkervertrag herbeizuführen und dem Boden des Völkervertrags. In der Innenpolitik hat das Zentrum einen großen Teil Arbeit zur Wiederherstellung des Deutschen Reiches beigesteuert, gerade die schwierigsten Ministerposten hat es inne (Kriegs-, Post-, Eisenbahn-, Ernährung). Der Redner sprach ferner über die Steuer- und Konsumtionspolitik und führte die Versammlung in diesen Fragen voll auf. Er forderte zum Schluss alle auf, mutig und unerschrocken für das überlebte, Kampfergebnis, christliche Programm des Zentrums einzutreten. Reichler Velland lobte die Ausführungen des Redners.

Hierauf schloß sich ein lebhafter Diskussionsabend, an dem die Versammlung sich sehr zahlreich und außerordentlich rego beteiligten und alle ausfordernd, tätigkeit für die kommende Wahl zu werden, die ausliegenden Wählerlisten einzusehen, den Wahlsondierungen zu unterstützen, als Vertrauensmänner sich zu melden und täglich mitzuwirken, Flugblätter von Haus zu Haus zu tragen und vor der Wahl die Wahlzettel auszusenden. Der Vorsitzende, Herr Direktor Crasemann, lud die Versammlung herzlich ein, auch bei dem am 14. Mai, abends halb 8 Uhr im „Goldenen Anker“ stattfindenden Diskussionsabend sich auch so zahlreich wieder einzufinden und hat alle, tätigkeit für diesen Abend zu werden.

Reichenau i. Vogtl. Am 9. Mai wurde hier eine Ortsgruppe der sächsischen Zentrumsparlei gegründet.

Die Vorbereitungen für Spa

Paris, 10. Mai. Der „Matin“ meldet, daß Sonnabend Abend die französischen Finanzfachverständigen in London angekommen sind, um von Montag ab mit den englischen Sachverständigen über die Frage von Spa zu verhandeln. Der Führer der Delegation erklärte dem Rat der Delegation, er sei für die sofortige Fixierung der Gesamtsumme, die Deutschland zu bezahlen habe. Er würde sogar mit Befriedigung sehen, wenn man noch eine Klausel hinzufügen würde, durch die man den Deutschen sagt, sie können eine Herabsetzung der Gesamtsumme verlangen, wenn sie rascher bezahlen, als festgesetzt sei. Die Deutschen könnten auch außer Gold und Erzen Waren liefern, Kohlen, festes Material, wie z. B. Eisenbahnmaterial. Die Abfertigungskommission könne heute wie in fünf oder zehn Jahren die Entschädigungssumme festsetzen, denn sie könne doch nie anders als während dem bestimmt werden. Es sei unklar, von Deutschland eine

Summe zu verlangen, die es nicht bezahlen könne. Seine Schulden müßten durch eine ungarische Pflanzerei werden. Man müsse also so genau als möglich anfragen, was Deutschland bezahlen könne, ohne daß es seine Unternehmungen paralysiert, und von ihm verlangen, daß die Summe festgesetzt werde, ohne den Nationen Schaden zuzufügen und ohne ein wirtschaftliches Desaster herbeizuführen, indem man mehr verlange.

Frankfurt a. M., 10. Mai. Die „Frankf. Sta.“ meldet: Der deutschen Regierung war von den Alliierten eine Frist bis zum 10. Mai gesetzt worden behufs Vorlegung von Vorschlägen zur Festsetzung der von Deutschland zu zahlenden Entschädigungssumme. Man hat bisher nicht geantwortet, daß die deutsche Regierung von dem ihr zugewiesenen Rechte Gebrauch gemacht hätte. Es handelt sich dabei aber nicht um ein tolloses Uebergehen dieses Termins, sondern die deutsche Regierung hätte durch ihren bevollmächtigten Vertreter bei der Friedenskommission in Paris den Alliierten mitgeteilt haben, daß sie mit Rücksicht auf die bevorstehende Konferenz in Spa bereit von bestimmten Vorschlägen Abstand nimmt. Die Einladung nach Spa ist auf Grund der Beschlüsse in Spa ergangen, und nach den amtlichen und halbamtlichen Mitteilungen aus dem Lager der Entente ist es nicht zweifelhaft, daß auf dieser Konferenz die von Deutschland zu zahlende Entschädigungssumme die Hauptrolle spielen wird.

Frankfurt a. M., 11. Mai. In einer inoffiziellen Mitteilung des „Pariser Journalists“ wird heute zum ersten Male angedeutet, daß Frankreich die Festsetzung einer Gesamtsumme als Kriegsschuldigung und ihrer Verteilung auf maßvolle Jahresraten zustimmen könnte, wenn die Alliierten es erwidern würden, von Deutschland ein greifbares Pfand als Bürgschaft für die Tilgung zu fordern.

Die Teilnehmer an der Konferenz

Amsterdam, 10. Mai. Der „Telegraph“ meldet aus Brüssel: An der Konferenz in Spa werden Frankreich, England, Italien, Japan und Belgien teilnehmen. Der amerikanische Gesandte wird den Sitzungen beiwohnen, ohne an den Erörterungen teilzunehmen.

Paris, 10. Mai. Der „Matin“ teilt mit, daß gestern Ministerpräsident Millerand von der englischen Regierung eingeladen worden, nach England zu kommen, um das Programm für die Konferenz von Spa festzusetzen.

Die drei obersten Regierungsorgane Europas

Rotterdam, 10. Mai. „R. N. N.“ weist darauf hin, daß Europa gegenwärtig drei oberste Regierungsorgane habe, den Obersten Rat, den Vorkongress in Paris und den Rätebundrat, dessen Einfluß auf die hohe Politik über noch gleichfalls nicht gering ist. Wenn Lord Georges Curzon, das in Spa die deutschen Vertreter als Vorkongress ausführen würde, würde es sich um ein neues Organ der europäischen Welt handeln. Die Franzosen verhalten sich sehr zurückhaltend, als würde man in Spa die Deutschen nur zu einem Besuch zulassen. Das werde wohl nicht geschehen, da sich die Deutschen anscheinend an Lord Georges Wort halten wollen und nur nach Spa gehen werden, wenn sie als Gleichberechtigte zugelassen werden.

Nitti über Spa

Rom, 10. Mai. Mit Bezug auf die Interpellationen über die auswärtige Politik sagte Nitti in der Kammer über die Konferenz in Spa: In Bezug auf die Wiederherstellungen werde man Deutschland Gelegenheiten geben, eine runde Summe zu nennen, die von den Alliierten unparteiisch geprüft werden würde. Dem deutschen Verlangen um Berücksichtigung von Geschäften und Konzessionen würden die Alliierten aber nicht entsprechen können. Dagegen würden alle deutschen Wünsche zur Erhebung seiner Produktion wohlwollend berücksichtigt werden.

Berlin, 10. Mai. Wie aus Basel gemeldet wird, bauseit der Ministerreise fort. Nittis Radtritt sehe nahe bevor. Als sein Nachfolger wird bereit der greise Giolitti genannt. Auch soll sich eine Annäherung der beiden größten politischen Parteien Italiens, der Katholischen Volkspartei und der sozialdemokratischen Partei, vollziehen haben, deren Führer sich für eine Annäherung an Deutschland und Österreich und für Wiederaufnahme der vor dem Kriege bestehenden Beziehungen aussprechen.

Die deutsch-französische Wirtschaftsbesprechung

Paris, 10. Mai. Ueber die bevorstehenden deutsch-französischen wirtschaftlichen Verhandlungen schreibt der „Temps“: Man wird zuerst über den Wiederaufbau sprechen. Neben wird man zu Verhandlungen über den wirtschaftlichen Austausch übergehen und namentlich Vereinbarungen treffen über die Ein- und Ausfuhr von Waren sowie über ein rationales Zusammenarbeiten der beiden Länder. Im ganzen sei man in Frankreich von dem Wunsche besetzt, billige und praktische Lösungen zu finden.

Einigleicher Protest

Saarbrücken, 10. Mai. Wie aus Paris gemeldet wird, haben die Proteste aller Kreise des Saargebietes und die Vorstellungen der Regierungskommission wegen Anwendung der französischen Einfuhrverbote auch auf das Saargebiet die französische Regierung veranlaßt, eine Verfügung an die Zollbehörden zu erlassen, die die Anwendung der Einfuhrverbote auf das Saargebiet verbietet.

Ungarn unterzeichnet nicht

Budapest, 10. Mai. Wie in parlamentarischen Kreisen bekannt, hat die Regierung einstimmig beschlossen, die Unterzeichnung des Friedensvertrages zu vermeiden. Sollte die Entente auf der unveränderten Annahme des Friedensvertrages bestehen, so wird die jetzige ungarische Regierung zurücktreten und Graf Apponyi mit der Bildung eines großen nationalen Kabinetts betraut werden. — Die ungarische Nationalversammlung hat ein Gesetz angenommen, das für den Fall einer Kriegserklärung dem Reichsverweser Garbai unbeschränkte Macht einräumt.

Ein russisch-türkisches Bündnis?

London, 10. Mai. Wie die „Times“ melden, wurde zwischen Sowjetrussland und den türkischen Nationalisten ein Militärvertrag für den Zeitraum von 20 Jahren abgeschlossen, nach dem sich die türkischen Nationalisten verpflichten, nicht in eine Verbindung der türkischen Souveränität einzutreten, während Sowjetrussland die Verpflichtung übernimmt, den Türken im Falle eines Angriffs der Alliierten beizustehen.

Amerika und Mexiko

Washington, 10. Mai. 1200 Söldner haben Befehl, von Mexiko nach New-York abzugehen, um sich dort für den Dienst in Mexiko bereitzustellen. Der Marineattaché Daniel erklärte, daß es sich um eine Vorsichtsmaßregel handele. Die Söldner würden nach Mexiko geschickt werden, wenn dies zum Schutze der dortigen Amerikaner notwendig wäre.

New-York, 10. Mai. Einem Berichte aus El Paso zufolge haben die Aufständischen die Stadt Mexiko genommen. Es befürchtet sich, daß Carranza nach Veracruz fliehen wird. Außer den Streitkräften Villas haben sich hier weitere Garzofon den Revolutionären angeschlossen.

Die nord-schleswigsche Frage

Berlin, 10. Mai. Eine Kopenhagener Drahtmeldung der „Deutschen Allg. Sta.“ gibt eine Unterredung des dänischen Ministerpräsidenten Reznor mit einem Vertreter von „Dagens Nyheder“ in Stockholm wieder, in der er erklärte, die für die Dänen unter so unglücklichen Umständen unter starkem Zwangsdruck und unverständlichen Wahlbestimmungen abgehaltene Volksabstimmung in Schleswig könne nicht als „unabhängig“ gelten.

Kopenhagen, 10. Mai. Die Mitglieder des nord-schleswigschen Ausschusses des Reichstages sind für kommenden Mittwoch zu einer Sitzung einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Fragen: 1. Wie lautet der Bericht der internationalen Kommission? 2. Ist es dem Ministerpräsidenten bekannt, daß Privatpersonen nach Paris zu reisen gedenken, um zu versuchen eine Forderung des Friedensvertrages herbeizuführen, und wie stellt sich der Ministerpräsident zu jenen Versuchen? 3. Was kann der Ministerpräsident mitteilen zu den Blättermeldungen, daß eine neue dänische Regierungsbildung in der nord-schleswigschen Frage nach Paris oder London entlastet werden wird? 4. Bezieht sich das von dem hiesigen Korrespondenten der „Chicago Daily News“ veröffentlichte Interview mit dem Ministerpräsidenten, worin dieser sich für eine Internationalisierung der zweiten Phase erklärt, auf ein solches Internationalisierung, und wie bringt er diesen Gedanken mit dem Friedensvertrag in Einklang?

Der polnische Streit in Oberschlesien

Breslau, 11. Mai. Der gestern in Oberschlesien vereinzelt eingeleitete Streik war von Korant als ein allgemeiner Generalstreik proklamiert worden. Der Streik fand zwar, gegen die Vermutung der Sicherheitspolizei in Oberschlesien zu profitieren. Außerdem glaubt man aber auch dafür Grund gegen Maßnahmen der internationalen Streiks zu haben. Der Aufruf richtet sich nicht nur an die polnische Arbeiterschaft, sondern auch an die deutsche. Die internationalisierte Kommission hatte erklärt, daß sie eine Ermächtigung zu dem Breslauer Streik nicht anerkennt und die Arbeitseigenen unter allen Umständen schützen wird. Es streiken im ganzen etwa 20 Prozent der Arbeiterschaft. Das Land lehrt sich überhaupt nicht an die Streikbeschlüsse.

Das Kreditabkommen mit Holland genehmigt

Berlin, 10. Mai. Wie der „Weseler Anzeiger“ aus Paris meldet, hat der alliierte Wirtschaftsrat dem deutschen Kreditabkommen mit Holland die Genehmigung erteilt. Die ersten Sendungen treffen bereits in übernächster Woche in Deutschland ein.

Die Heeresstärke am 15. Mai

Amlich wird bekanntgegeben: Am 15. Mai 1920 wird die und ausgeführte Verminderung der Heeresstärke auf 200 000 Mann durchgeführt sein. Diese weitere Etappe im Abbau unseres alten rühmlichen Heeres beginnt wiederum, wie bereits im März dieses Jahres, die Verabschiedung der Offiziere, Sanitäts-, Veterinär-, Feld- und Pioniersoldaten zum 15. Mai 1920, die nicht für Ersatzstellen des Heeresangehörigen vorgesehen sind. Zum Bedauern der ausführenden militärischen Stelle kann auch dieses Mal nach Lage der Dinge die Verabschiedung der Offiziere usw. nicht eine namentliche sein. Vielmehr wird die Abschreibung für die betroffenen Offiziere gemeinsam erfolgen. So läßt sich es, alten treuen Dienern des Staates auf diese Weise von der Lösung ihrer Verpflichtungen der Arme gegenüber Kenntnis zu geben, so steht doch die maßgebende militärische Stelle der unüberwindlichen Notwendigkeit gegenüber, die Heeresverminderung zu dem von unseren alliierten Feinden festgesetzten Zeitpunkt durchzuführen.

Die An siedlung der Reichswehrenklassenen

(Eigener Drahtbericht der „Sächsl. Volkzeitung“)

Berlin, 11. Mai. Wie die „Völkische Zeitung“ erfahren hat, fand gestern im Landwirtschaftsministerium unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Raum eine Besprechung über die An siedlung der Reichswehrenklassenen und der Volkswehrmänner statt, an der sämtliche beteiligten Ministerien sowie Hauptmann Schimude, sein Mitarbeiter Fleischer und noch Offiziere der Marinebrigade Ehrhardt teilnahmen. Es herrschte vollkommene Einigkeit darüber, daß die praktische Vorarbeit zur Siedlung sofort beginnen müsse, und das Landwirtschaftsministerium hat auch bereits verschiedene Moore bereit lassen, um geeignete Landstücke auszuwählen. In den nächsten Tagen sollen Anordnungen der angesiedelten Heeresklassenen in die einzelnen Gebiete abgehen, um mit der Vorarbeit zu beginnen. Auch der Reichswehrminister hat zu diesen Vorgängen seine Zustimmung erteilt, vorbehaltlich jedoch der Zustimmung des Chefes seines Ministeriums.

Stellung des Reichspostministeriums zum Generalfreist

Das Reichspostministerium nimmt hinsichtlich der Beteiligung der Post- und Telegraphenbeamten, Hilfstäffeln und Arbeiter am Generalfreist im vergangenen März folgende Stellung ein: Der Reichspostminister hat am 14. März auf einstimmigen Beschluß des Kabinetts durch Kreislagergramm angeordnet, daß bei der Reichspost- und Telegraphenverwaltung der Telegraphen- und Fernsprechdienst zum Schutze des Gemeinwohls mit allen Mitteln aufrecht erhalten werden und daß nur der Postbetriebe, wo Gefahr für Leben und Gesundheit der Beamten oder für Eigentum der Post bestand, und wenn solche, die dieser Aufforderung gefolgt sind und ihren Dienst weiter verrichtet haben, darf deshalb von keiner Seite ein Vorwurf gemacht werden. Wo von den Generalfreisten und den Beamtenverbänden in einzelnen Orten der Generalfreist ausgedroht worden ist — obwohl eine Stilllegung des gesamten Betriebes der Reichspost- und Telegraphenverwaltung gerade die Kreise am meisten gefährden würde, denen man durch die durch die Urkunden hervorgerufene Verwirrung denjenigen Beamten, Hilfstäffeln und Arbeitern, die sich am Streik beteiligt haben und dem Dienst ferngeblieben sind, hieraus ein Nachteil nicht erwachsen wird wegen großer Ausdehnungen oder geschwundener Handlungen würde einschreiten. Wegen des jenseitigen Beamten usw., welche die gegen die verfassungsmäßige Regierung gerichteten Bestrebungen unterstützen oder gefördert haben, ist dagegen durchweg entschieden vorzugehen. Zur Unterbindung der Verwirrung der Mitarbeiter im Bereiche der Reichspost- und Telegraphenverwaltung vorgelassenen Verfassungen ist aus Vertretern des Reichspostministeriums und des Beamtenverbands in Aufsicht gebildet worden, der nach einheitlichen Grundsätzen zu prüfen hat, ob ein Einschreiten geboten ist, und der nach dem Ergebnis der Untersuchung Vorschläge für die Erleichterung abzugeben hat.

Die Entschädigung für die beschlagnahmten Wertpapiere

Berlin, 10. Mai. Wie vor von zuständiger Stelle erfahren, sind die Richtlinien, nach denen die Entschädigung für die beschlagnahmten Wertpapiere bemessen werden, nunmehr dem Reichsrat zugegangen. Danach soll für Wertpapiere, die nach § 10 der Anlage zu Artikel 228 und nach Artikel 144 des Friedens-

bertragende eingetragene, eine Entschädigung in Höhe des Liquidationswertes...

Besprechung der Ernährungsminister

(Wagner Drahtbericht der „Sächs. Volkszeitung“) Berlin, 11. Mai. Die das Verzeichnis... stellen am Sonnabend dieser Woche...

Eine Nachkriter

Düsseldorf, 10. Mai. Die Bäckerzunft und Brotfabrik...

Konow, 10. Mai. (H. Tel.-N.). Die Friedensverhandlungen...

Nachrichten aus Sachsen

Zwickau, 10. Mai. Der Volksrat des hiesigen Bezirks...

Vahren, 9. Mai. Mit der Frage der Überstunden...

Aus Dresden

Weitere Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise. Wie wir hören...

Milchverteilung durch die Heilsarmee. Nachdem die Heilsarmee...

Dresden. Der Kathol. Bürgerverein ladet seine Mitglieder...

Konzerte

Leipzig. Am Vorabend des Gründonnerstags...

Der Chor brachte das Wort zu wacher Jugendlichkeit...

Kirchlicher Wochenkalender

Dresden-Johannstadt. Herz-Jesu-Kirche. 6 und 7 H. Messen...

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptschriftleiter Paul Heßlein...

Sport

Rennergebnisse

Dresden, 9. Mai. 1. R. 1. S. Ruffmeiers Fr. H. Kappelmann...

Düsseldorf, 9. Mai. 1. R. 1. Thiamalen (Rühl). 2. Wasser...

Zentrum

Mit dem Zusammenfall in Dresden...

Für die uns und unsern Kindern Paul und Elisabeth... herzlichsten Dank. Oberlehrer Kantor P. Reime und Frau.

Unterstützungskasse u. Kriegsfürsorge im Katholischen Lehrerverbande. Haupt-Versammlung. Hainitz, den 7. Mai 1920.

Kath. Bürgerverein Dresden. Mittwoch, 12. Mai. Kreuzbündnis Dresden. Himmelfahrt: Treffpunkt...

heirater baldiger Heirat in Bielwedell zu treten. Werte...

Sommersprossen Mitesser, Pickel, Leberflecke... Anthellos-Creme Schwann-Marken.

Hautjucken-Kräte sichere und schnelle Hilfe durch Biltz Perusalbe.

DIE SAXONIA BUCHDRUCKEREI GMBH liefert alle Arten Drucksachen, die Sie in Ihrem Büro...

Zentrumspartei, Ortsgruppe Hainitz und Umg. Donnerstag den 13. Mai (Himmelfahrt) große öffentliche Versammlung.

Tymians Thalia-Theater Zum Totschießen! Täglich: „Die Frauen streiken“.

Volksbank zu Dresden G. G. m. b. H. Fernr. 21632 Moritzstraße 20, I. Geogr. 1444

Amtliche Bekanntmachungen Verteilung von Marmelade 1. Ausweis „450“...

Verteilung von Milchfütterpeife 1. Ausweis „451“...

Für die kommende Reichstagswahl Flugblätter für die Reichstagswahl Herausgegeben vom Reichsgeneralsekretariat d. Deutschen Zentrumspartei...